



Antrag

der Fraktion der SPD

Förderung des Quartiersmanagements in Stadtteilen und Quartieren mit besonderem Unterstützungsbedarf

Der Landtag wolle beschließen:

Starke Stadtteile und Quartiere sind die Grundlage für sozialen Zusammenhalt, Teilhabe und ein solidarisches Miteinander in unserem Land. Dort, wo Menschen wohnen, arbeiten, aufwachsen und ihren Alltag gestalten, entscheidet sich, ob gesellschaftliche Teilhabe gelingt und ob Chancen gerecht verteilt sind.

In vielen Städten und Gemeinden stehen bestimmte Stadtteile und Quartiere unter erheblichem Druck. Soziale Ungleichheiten, steigende Lebenshaltungskosten, Wohnungsknappheit, demografische Veränderungen und Zuwanderung stellen wachsende Herausforderungen dar. Diese Entwicklungen zeigen sich in Form von Armut, Bildungsungleichheit, Vereinsamung und fehlende gesellschaftliche Teilhabe. Ohne präventive und niedrigschwellige Unterstützungsangebote drohen sich Problemlagen weiter zu verfestigen.

Quartiersmanagement und aufsuchende Sozialarbeit leisten hier einen unverzichtbaren Beitrag. Sie wirken verbindend zwischen Bewohner:innen, sozialen Initiativen und Trägern sowie den kommunalen Verwaltungen. Durch ihre Nähe zu den Menschen, ihre Kenntnis der lokalen Strukturen und ihre Vernetzung können Quartiersmanager:innen und Sozialarbeiter:innen frühzeitig Bedarfe erkennen, niedrigschwellig Hilfestellung leisten, Konflikte moderieren und Unterstützungsprozesse anstoßen. Ziel ist es, die Selbsthilfepotenziale im Quartier zu stärken und den sozialen Zusammenhalt nachhaltig zu fördern, bevor tiefgreifendere Probleme entstehen.

Das Land fördert deshalb zukünftig mit 75 % Stellenanteile für Quartiersmanager:innen in Stadtteilen und Quartieren mit besonderem Unterstützungsbedarf und in sozial sensiblen Bereichen. Dabei sollen insbesondere

Lücken geschlossen werden, die durch Wegfall von anderen Fördermitteln (z.B. aus "Soziale Stadt" und „Sozialer Zusammenhalt“) entstehen und diese gegebenenfalls ergänzen. Die Förderung soll aber auch für Bereiche gelten, in denen bisher keine Förderung bestand, damit der Ausbau von Quartiersmanagement und aufsuchender Sozialarbeit nicht alleine von der Aufnahme in ein Städtebauförderprogramm abhängen.

Thomas Hölck
und Fraktion